

Patrick Portmann hat als Pfleger grosse Sympathien für die Pflege-Initiative. Rosemarie Widmer Gysel sieht dagegen im indirekten Gegenvorschlag mehr Vorteile.

BILDER ROBERTA FELE

Im Gespräch mit: Partrick Portmann und Rosemarie Widmer Gysel

Wie soll die Schweiz den drohenden Pflegenotstand verhindern? Mit der Initiative oder dem indirekten Gegenvorschlag? Der Schaffhauser Kantonsrat Patrick Portmann (SP) und die ehemalige Regierungsrätin Rosemarie Widmer Gysel (SVP) haben sich zum Streitgespräch über die Pflege-Initiative getroffen.

«Die Pflege hatte immer eine schlechte Lobby»

Rico Steinemann

Die Begrüssung ist herzlich. Patrick Portmann und Rosemarie Widmer Gysel kennen sich schon lange. Portmann, der selber als Pflegefachmann arbeitet, sieht in der Initiative endlich die Chance, dass sich die Situation für seinen Berufsstand verbessert. Widmer Gysel, Präsidentin des Schaffhauser Spitex Verbandes, liegen die Pflegenden ebenfalls am Herzen, wie sie betont. Trotzdem bevorzugt sie den indirekten Gegenvorschlag.

Sie wollen beide das Gleiche: eine Stärkung des Pflegeberufes. Frau Widmer, warum glauben Sie, dass der indirekte Gegenvorschlag dem Pflegepersonal mehr bringt?

Rosemarie Widmer Gysel: Ich bin für den Gegenvorschlag, weil ich überzeugt bin, dass der Gegenvorschlag schneller in Kraft treten kann. Man kann ihn sofort umsetzen, er ist bereits ausgehandelt.

Patrick Portmann: Das Argument des Gegenvorschlags, dass er sofort zur Geltung kommt, ist relativ schwach. Schnell heisst in diesem Falle die Ausbildungsinitiative. Das ist aus meiner Sicht zu wenig umfassend. Es ist klar: Nur die Initiative greift alle Missstände auf, die wir Pflegenden immer wieder moniert haben. Was mich sehr erstaunt, ist nicht unbedingt, dass die FDP und SVP gegen die Initiative sind.

Sondern?

Portmann: Dass sich die Dachverbände der Spitex, Spitalverband H+ und Curaviva für den Gegenvorschlag ausgesprochen haben. Ich bin sehr enttäuscht. Das ist so, als würde sich der Bauernverband gegen die Bauern stellen. Das stört uns Pflegenden, die an der Basis arbeiten, sehr.

Frau Widmer Gysel, können Sie diese Kritik nachvollziehen?

Widmer Gysel: Dass die Dachverbände den Gegenvorschlag bevorzugen, hat damit zu tun, dass sie die Abläufe kennen. Ich will hier deutlich festhalten: Es ist gut, dass es diese Initiative gibt. Man hat hier eine Dis-

kussion angestossen, die wichtig ist. Wir brauchen genügend Pflegepersonal, weil man sieht, was wegen der demografischen Entwicklung in Zukunft auf uns zukommt. Aber der Weg der Initiative ist aus Sicht der Verbände nicht der richtige. Man darf nicht verkennen: Die Arbeitsbedingungen hängen auch davon ab, wie viel Personal man zur Verfügung hat.

Mehr Personal würde aus Ihrer Sicht reichen, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern?

Widmer Gysel: Wenn ein Team zu klein ist, dann ist es klar, dass es zu Überstunden kommt und zusätzliche Schichten übernommen werden müssen. Darum sind wir der Meinung, dass die Ausbildungsinitiative, so wie sie im Gegenvorschlag enthalten ist, der richtige Weg ist. Bund und Kantone beteiligen sich beide finanziell daran. Die Attraktivität des Berufes wird erhöht, wenn genügend Personal vorhanden ist. Zudem sehe ich ein Problem darin, dass die Wünsche der Initianten in der Verfassung festgeschrieben werden.

Was stört Sie daran?

Widmer Gysel: Wieso sollten dann nicht auch die Polizisten oder Lehrerinnen das gleiche Privileg haben? Die Arbeitsbedingungen müssen zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden. Das ist überall so. Und verantwortlich für das Gesundheitswesen sind die Kantone respektive die einzelnen Institutionen. Dort laufen auch die Gespräche, in denen Lohnfragen oder Zusatzleistungen diskutiert werden. So etwas kann nicht in der Verfassung festgeschrieben werden.

Portmann: Was Sie ansprechen, passiert einfach nicht. Ich bin ja nicht nur Angestellter in der Pflege, sondern auch im VPOD. Wo finden denn diese Verhandlungen statt? Bei der Frage, ob beispielsweise die Umziehhzeit als Arbeitszeit gelten soll, gab es nie Verhandlungen. Des Weiteren ist es auch so, dass die Gewerkschaft bei den jährlichen Lohnverhandlungen sich nur bedingt einbringen kann. Auch weitere in der Initiative angesprochene Themenfelder wie beispielsweise Vereinbar-

keit von Beruf und Familie und attraktivere Arbeitsbedingungen sind niemals Teil der Verhandlungen. Die Pflege hatte immer eine schlechte Lobby. Die Kantone haben zu lange nichts gemacht, darum gibt es die Initiative überhaupt. Die Verbände sagen, dass es die Ausbildungsinitiative braucht. Das heisst, man würde eine Milliarde Franken investieren, um Leute auszubilden, die dann nachher wieder aussteigen.

Sie glauben, dass mehr Personal an der Arbeitssituation nichts ändert?

Portmann: Grundsätzlich schon. Aber schauen Sie sich die Zahlen an. Über 40 Prozent der Pflegenden steigen wieder aus dem Pflegeberuf aus. Bezüglich des Themas Verfassung habe ich eine diametral andere Haltung als Frau Widmer Gysel. Die in der Initiative enthaltenen Artikel ge-

«Wenn so viele Pflegende aussteigen, ist es ein ökonomischer Irrsinn, dass man nur in die Ausbildung investiert.»

Patrick Portmann
SP-Kantonsrat

hören eben darum in die Verfassung, weil wir von einem massiven Pflegenotstand reden. Es fehlen Zehntausende Pflegekräfte bis 2030. Wir betreiben keinen Alarmsimus. Die Leute fehlen einfach. Wenn dann noch so viele aussteigen, ist es ein ökonomischer Irrsinn, dass man nur in die Ausbildung investiert. Man muss dafür sorgen, dass sie bleiben. Die Initiative spricht auch die Versorgungssicherheit an. Die Mindestanzahl Pflegenden, die auf den Stationen gewährleistet werden sollen. Das ist ein wichtiger Punkt.

Die Gegner der Initiative kritisieren, dass der Bund gar keine Befugnis hat, im Bereich Arbeitsbedingungen oder Löhne aktiv zu werden?

Portmann: Der Bund gibt Richtlinien vor. Das ist bei jeder Initiative das Thema. Bei einem Ja ist das Parlament in der Verant-

wortung griffige Punkte in den Gesetzesentwurf hineinzupacken. Und die Kantone orientieren sich daran. Ich glaube, man hat auf Bundesebene und mit den Vertretern der Gesundheitskommissionen unterschätzt, was es genau geschlagen hat. Für mich ist es ein klassisches «Am-Problem-vorbei-Politisieren». Von den sechs Punkten der Initiative werden nur zwei oder drei Probleme angegangen, und das ist einfach zu wenig.

Sie schütteln den Kopf Frau Widmer Gysel.

Widmer Gysel: Ich will verschiedene Punkte aufgreifen. Insbesondere den letzten Punkt: Ich glaube, dass das Parlament erkannt hat, was wichtig und entscheidend ist. Und aus diesem Grund den indirekten Gegenvorschlag innert relativ kurzer Zeit formuliert und verabschiedet hat. Corona hat der Diskussion zusätzlichen Schub verliehen. Das ist auch okay. Aber man kann nicht sagen, dass der Notstand nicht erkannt wurde. Weil es meines Wissens noch nie eine Initiative gab, die derart schnell einen Gegenvorschlag hatte. Ein Gegenvorschlag, der notabene über die nächsten acht Jahre eine Milliarde Franken verspricht. Das ist eine grosse Summe! Es ist übrigens schade, kann man nicht über den Gegenvorschlag abstimmen. Das bedauere ich, weil dann der Gegenvorschlag noch besser erklärt werden könnte. Die Anliegen Ausbildungsinitiative und individuelle Abrechnung wurden im Gegenvorschlag aufgenommen. Das Parlament hat aber auch



Patrick Portmann

Der Pflegefachmann Patrick Portmann, Jahrgang 1989, arbeitet seit 17 Jahren in der Pflege. Er politisierte früher für die CVP. Heute sitzt Portmann für die SP im Schaffhauser Kantonsrat.

erkannt, dass es nicht möglich ist, Gesamtarbeitsverträge oder Arbeitsbedingungen respektive eine Quote, einen Patientenschlüssel, in die Verfassung zu schreiben. Wie gesagt: Das ist Sache der Sozialpartner.

Laut Herrn Portmann geschieht in diesem Bereich zu wenig.

Widmer Gysel: Ich finde, dass es funktioniert. Das sehen wir auch hier in Schaffhausen. Es ist aber immer ein Aushandeln. Wie schwierig diese Diskussion am Schluss im Parlament ist, wenn es um strukturelle Lohnmassnahmen und Verbesserungen geht, das wissen Sie, Herr Portmann. Dennoch glaube ich, dass es weiterhin so laufen muss. Man kann das nicht an den Bund delegieren. Und ich sehe noch ein grosses Problem.

Erklären Sie.

Widmer Gysel: Bei einem Ja wird es lange dauern, bis ein Gesetzesentwurf im Parlament wieder ausdiskutiert ist. Letztlich ist es einfach schlauer, die Initiative abzulehnen und den indirekten Gegenvorschlag zum Zug kommen zu lassen. Damit wir sofort etwas tun zu können. Allen ist klar, dass es brennt und etwas geschehen muss. Wir müssen daran arbeiten. Aber das muss zwischen den einzelnen Partnern geschehen.

Portmann: An dieser Stelle muss ich sagen, dass sich Frau Widmer Gysel in ihrer Zeit als Regierungsrätin immer für höhere



Rosmarie Widmer Gysel

Die gelernte Gärtnerin Rosemarie Widmer Gysel, Jahrgang 1956, sass bis vor drei Jahren für die SVP im Regierungsrat. Sie präsidiert den Schaffhauser Spitex Verband.

Löhne eingesetzt hat. Aber die strukturellen Lohnanpassungen haben im jetzigen Kantonsparlament wenig Rückhalt. Aber bleiben wir beim Thema. Wichtig ist, dass wir einerseits diese Initiative auf Bundesebene haben, aber dann muss auf kantonaler Ebene nachgegriffen werden. Eine Initiative ist ein politischer Prozess, und das dauert. Später kann vielleicht eine kantonale Initiative folgen.

Wie bereits erwähnt, kann es lange dauern, bis das Parlament einen erneuten Gesetzesentwurf ausgearbeitet hat. Keine Bedenken, dass es am Schluss weniger ist, als jetzt mit dem Gegenvorschlag garantiert ist?

Portmann: Aus meiner Sicht wurde die Initiative eher stiefmütterlich behandelt. Sie wurde vor der Corona-Krise eingereicht. Schaut man sich die Voten der einzelnen Nationalräte an, dann war das klar ein Nebenschauplatz. Jetzt hat sie an Fahrt aufgenommen. Spannend ist ja an der Initiative, dass man nicht sagen kann, es gehe um links oder rechts. Es sind so viele betroffenen, haben Angehörige oder selber Eltern, die betreut werden oder in einem Heim sind. Alle sind der Auffassung, dass etwas geschehen muss. Der Druck ist gross. Der Gegenvorschlag ist eine Farce. Die Initiative geht alles auf. Es liegt am Parlament, das spricht richtig umzusetzen. Aufgrund des Druckes habe ich Vertrauen, dass sie das tun.

Frau Widmer Gysel, von den Befürwortern des Gegenvorschlags hört man wenig. Ein Nein-Komitee hat sich zwar gebildet, aber es existiert nicht einmal eine Website. Haben Sie sich diesbezüglich mehr erhofft?

Widmer Gysel: Ich bedauere es ausserordentlich, dass sich nicht ein richtiges Komitee mit Namen, Unterlagen und einer Plakatkampagne formiert hat. Ich habe Mühe, das zu verstehen. Es gab im Parlament immerhin eine klare Mehrheit für den indirekten Gegenvorschlag. Ich bin

«Letztlich ist es einfach schlauer, die Initiative abzulehnen und den Gegenvorschlag zum Zug kommen zu lassen. Damit wir sofort etwas tun können.»

Rosemarie Widmer Gysel
Alt-Regierungsrätin

hier, weil es wichtig ist, für die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Aufklärungsarbeit zu leisten. Ein Nein zu dieser Initiative heisst eben nicht Nein zur Pflege selber. Auch wenn der indirekte Gegenvorschlag zum Zug kommt, muss man bei dem Thema am Ball bleiben. Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert werden. Das ist selbstverständlich.

Sehen Sie überhaupt noch Chancen für den indirekten Gegenvorschlag?

Widmer Gysel: Die Initiative hat gute Chancen, das zeigen die Umfragen. Aber nochmals: Ich bin nun seit drei Jahren nicht mehr in der Politik. Aber ich weiss, wie die Mühlen mahlen. Und es wird lange dauern, bis wir eine Gesetzesgrundlage für diese Initiative haben. Ich bin nicht sicher, ja ich bezweifle gar, dass das Parlament nochmals diese Grosszügigkeit zeigt. Die versprochene Milliarde ist bei einem Ja vom Tisch.

Portmann: Das glaube ich nicht.

Widmer Gysel: So schätze ich unser Parlament ein. Ich kann mir vorstellen, dass sie sagen: Okay, jetzt fangen wir nochmals bei null an.

Portmann: Sollte das geschehen, wäre das ein Missachten des Volkswillens. Und ein grosses Problem. Aber ich habe grosses Vertrauen in die politischen Instrumente.

Die Umfragen deuten auf ein klares Ja hin. Haben Sie den Champagner schon kalt gestellt, Herr Portmann??

Portmann: Ich feiere nicht so oft mit Champagner. Dann wäre ich ja der klassische Cüpli-Sozialist. (lacht) Nein, im Ernst: Sollte es zu einem Ja kommen, würden meine Kolleginnen und Kollegen und ich mich sehr fest darüber freuen. Weil es für uns eine gewisse Form der Anerkennung ist. Und Genugtuung auch. Es wäre ein starkes Statement für uns Pflegenden.